

Ausgleichung des Uebergewichts des Unternehmers über den unbemittelten Arbeiter als eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit erscheint.

Die Aufhebung der freien Vereinigung der Arbeiter und der Mitbestimmung der Arbeitslöhne im Wege stehenden §§ 182—184 der Gewerbeordnung vom Jahre 1845.

Auch die Fortschritte sympathisierter anfangs durchaus nicht mit gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht wenige Fortschrittsgrößen, darunter auch Schulze-Delitzsch, hielten die Trades-Unions für reaktionär; aber was ihnen zunächst noch fern oder un bequem erschien, das wurde für sie zur Notwendigkeit gegenüber der Lassalle'schen Arbeiter-Emancipation. Man bedurfte eines Bindemittels, um die Arbeiter an das wankende Banner des bürgerlichen Fortschrittes zu fesseln und dazu war der Räder der Gewerkschaftsbewegungen auszuweichen. Aber auch im „Allgemeinen Arbeiterverein“ änderte sich allgemach die Ansicht über die Gewerkschaften. Schweitzer, der Nachfolger Lassalle's, erkannte darin ein wichtiges Mittel, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu fördern und Fröliche gründete besamntlich 1865 den „Allgemeinen Tabak- und Zigarrenarbeiter-Verein“. Auch die von Marx 1864 gegründete Internationale Arbeiter-Association begünstigte die Gewerkschaftsidee, allerdings aus anderen Gründen, als Schweitzer. Karl Marx hatte den Trade-Unionismus an seiner Quelle studiert und erachtete die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse als notwendig zu Erringung einer höheren Lebensstufe, um von da aus den politischen Befreiungskampf mit größerem Nachdruck führen zu können. Endlich hatte auch die preussische Regierung gegenüber dem Koalitionsrecht eine günstigere Stellung eingenommen; sie fand es vorteilhaft, durch Begünstigung der Emancipationsbestrebungen der Arbeiter, die ihr verhasste fortschrittliche Konfliktpartei zu schwächen und glaubte zu dem, mit dem Märchen vom „sozialen Königtum“ die Arbeiterbewegung für ihre Zwecke einzufangen zu können. So kam es, daß sie, als Schulze-Delitzsch im Jahre 1865 seinen Antrag auf Aufhebung der Koalitionsverbote erneuerte denselben sympathischer aufnahm und im Jahre 1866 selbst dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegte, der die früheren Verbote aufzuheben sollte. Im 2. Abf. des § 1 dieses Entwurfs hieß es: „Verabredungen unter Gewerbetreibenden, welche darauf gerichtet sind, ihre Gesellen, Gehilfen und Arbeiter zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bewegen, daß sie die Arbeit einstellen oder die ihren Anforderungen nicht nachgebenden Gesellen, Gehilfen und Arbeiter entlassen zurückzuweisen, desgl. Verabredungen unter Gesellen, Gehilfen und Arbeitern, welche darauf gerichtet sind, Gewerbetreibende zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen zu bestimmen, daß sie die Arbeit einstellen oder verhindern, sind für die Teilnehmer rechtlich unverbindlich. Der § 2 des Entwurfs entsprach unserem jetzigen § 153 der Gewerbeordnung. Indes kam dieses Gesetz nicht zur Erledigung. Es bedurfte vielmehr eines neuen Vorgehens im 1867 neugewählten norddeutschen Reichstage, in dessen erster Session Schulze-Delitzsch und Becker-Dortmund beantragten: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Arbeitgeber und Arbeiter sämtlicher Gewerkschaften, einschl. der Landwirtschaft, des Berg- und Hüttenbetriebs, der Stromschiffahrt, des Gestein- und Tagelohnhandwesens, — wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere vielleicht Einstellung der Arbeit und Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.“ Am 14. Oktober 1867 kam der Antrag zur Verhandlung; die Debatte ist lehrreich genug, um Einzelheiten daraus wiederzugeben, besonders um deswillen, weil Graf Posadowsky in der vorigen Reichstagsession gegenüber der Kritik seines geheimen Streikgesetzes die neue Weisheit aufstellte, daß in einem Staate, wo die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht hätten, die Koalitionsfreiheit überflüssig wäre. Der Antragsteller Dr. Becker führte nämlich damals im Gegentell zur Begründung des Antrages aus: „Daß die gesetzliche Festsetzung der Koalitionsfreiheit notwendig sei, damit das allgemeine Wahlrecht zu seiner wahren Geltung komme, damit es

unverfälschte Wirkung äußere.“ „Es handelt sich“, fuhr Dr. Becker fort, „für uns leblich um die politische Seite der Frage: Darf in einem Staate mit allgemeinem Wahlrecht für einen Teil der Wähler ein ungünstigeres Recht auf Gebieten, die das Zivilrecht betreffen, bestehen, als für den andern Teil? Unser Antrag bezweckt einerseits eine Ausgleichung, eine Beseitigung von Rechtsverschiedenheiten, andererseits bei den Arbeitern eine Hebung des staatsbürgerlichen Bewußtseins; er will eine Ursache der Verbitterung beseitigen, die in einem künstlichen, durch die positive Gesetzgebung geschaffenen Klaffen Gegensatz wurzelt.“ Daraus ergiebt sich, daß es einem Teil der Fortschrittler nicht um die Förderung von Gewerkschaften, in denen der Klaffen Gegensatz als natürlicher zu Tage treten mußte, sondern um die politische Anregung der Arbeiter im Dienste der Fortschrittspartei zu thun war. Verständnisvoller faßte Dr. Waldeck die Sachlage: „Das Kapital hat vollkommene Freiheit erlangt, wir sehen, wie es sich ausdehnt, wir sehen die große Ausdehnung der Industrie, den Reichtum, den sie schafft. Wenn aber das Kapital die Freiheit haben soll und muß, so muß vor allen Dingen die ganz gewöhnliche Freiheit des Menschen, die Freiheit des Bürgers, die die Verfassung garantiert, doch mindestens den viel schlimmer gestellten Arbeiter werden. Die Koalitionsverbote stehen ganz und gar auf dem Standpunkt der Sklaverei, denn was der Herr gegen den Sklaven thut, das macht sich hier der Reiche gegen den Arbeiter an und daß er es thut, das ist eben das Recht des Stärkeren. Die Koalitionsverbote sind ein grober Mißbrauch des Stärkeren!“

Dr. Böwe bezeichnete die Koalitionsfreiheit, die wirtschaftliche Freiheit als das hellste und höchste Recht des Menschen, das Recht, das jeder mit seinen Kräften anwenden, anfangen könne, was er will, sobald es keinem Sittegesetz in seinen Handlungen widerspricht. Schulze-Delitzsch endlich nannte das Koalitionsrecht ein Natur- und Grundrecht, das im Wesen des Menschen und in den Verhältnissen seiner Zeit liege und mit dem der Staat nicht brechen könne, ohne mit seiner eigenen Existenzfähigkeit zu brechen. Wenn man dem Arbeiter sagt: Du darfst deinen Arbeitsvertrag kündigen, du kannst einen hohen Lohn fordern, wird er dir nicht gewähren, so suchst du die ein anderes Unterkommen; wenn man dann aber hinzufügt: Das darfst du allein, aber so wie du dich mit anderen zu diesem Zweck zusammenhufst, so ist es dir unerlaubt, — was wird man damit erreichen? Dann stellt sich die Gesetzgebung gerade jenen natürlichen Rechten gegenüber, die tief in aller Brust eingewurzelt sind, auf einen Standpunkt, wo sie das Rechtsbewußtsein schädigt, namentlich der gedrückten Klaffen, daß nach Gesetz und Recht der Spielraum für sie und die bessergestellten Klaffen gleich bemessen sei. Damit werden sie die Gesellschaft an ihrer Wurzel fädigen und Verböthen künstlich schaffen.“

Und die Regierung ließ durch den Präsidenten des Bundeskanzleramtes, Dr. Delbrück, erklären: „Die Erörterungen über diese Frage und die Erfahrungen über die Wirkungen der Koalitionsbeschränkungen im Auslande haben für uns die Ueberzeugung begründet, daß die Zeit der Koalitionsbeschränkungen vorüber ist.“

30 Jahre später findet Graf Posadowsky, daß das ganze Koalitionsrecht überflüssig ist, weil die Arbeiter das allgemeine Wahlrecht hätten. Haben diejenigen nicht recht, welche behaupten, Graf Posadowsky sei mindestens 50 Jahre zu spät auf die Welt gekommen?

Am 19. Oktober 1867 erließ die preussische Regierung ein Notgesetz, das die Koalitionsverbote für die gewerblichen Arbeiter aufhob. Dasselbe gng anderthalb Jahre später in die Gewerbeordnung für das deutsche Reich über (siehe die §§ 152 und 153 der Reichs-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869). So hatte man der Arbeiterklasse das Koalitionsrecht gewährt in der allerseitigen Erkenntnis, der sich damals selbst die Konservativen anschlossen:

„daß die Zeit der Koalitionsverbote ein für alle Mal vorüber ist.“

Schluß folgt.

Gauversammlung des Agitationsbezirk Frankfurt a. M.,

abgehalten in Offenbach a. M. am 30. Oktober 1868.

Die Versammlung war von den Frankfurter Kollegen ursprünglich nach Frankfurt in den „Erlanger Hof“ vor mittags 10 Uhr einberufen. — „11 Uhr eröffnet Koll. Werner-Frankfurt die Versammlung und teilt als Uebertragung mit, daß ihm der anwesende Vertreter der Polizei erklärt habe, daß die Versammlung um 1 Uhr der Kirche wegen geschlossen werden müßte, um 3 Uhr könnte dann die Fortsetzung sein, bezw eine neue Versammlung stattfinden. Kollege Rupp-Frankfurt beantragt deshalb, die Versammlung hier zu schließen und im „Eiffischen“ abzuhalten. Dieser Antrag gelangte gegen eine Stimme zur Annahme und so pilgerten denn die Teilnehmer über die alte Frankfurter Brücke nach Sachsenhausen, von wo zwei elektrische Straßenbahnwagen sie nach Offenbach brachten.

Kurz nach 12 Uhr wurde sodann die Sitzung zum zweiten Mal eröffnet und zwar im „Eiffischen“ zu Offenbach a. M. Die vorgenommene Bureauwahl ergab: Koll. Werner-Frankfurt als 1., Kollege Schröder-Höcht als 2. Vorsitzenden und Kollege Lange-Offenbach als Schriftführer. Anwesend sind als Delegierte aus Darmstadt die Kollegen Engel und Lorry, aus Frankfurt a. M. die Koll. Kröß, Rupp, Trompeter und Werner; aus Hanau und Steinhelm Kollege Wintelschäfer; aus Höchst die Kollegen Schröder und Schudard; aus Offenbach die Kollegen Fiedler und Lange; ferner sind noch einige Kollegen aus Frankfurt und Offenbach anwesend, die sich für diese Sitzung interessieren.

Die Orte Gießen, Homburg, Rhenburg, Alsfeld, Fulda, Limburg und Hohenau sind nicht vertreten, in den meisten dieser Orte haben wir noch keine Mitglieder.

Hierauf wird die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

- 1. Was leht uns die letzte Generalversammlung?
2. In welcher Weise soll die Agitationskommission arbeiten?
3. Sitz der Agitationskommission und Wahl derselben.
4. Aufbringung der Kosten.
5. Verschiedenes.

Bei Punkt 1 giebt Kollege Werner einen kurzen Ueberblick über die letzte Generalversammlung. Er erwähnt den Rechenschaftsbericht des Vorstandes und die angenommene Beitragsbescheidung. Diefelbe war notwendig, um Mittel zum Kampfe zu haben. Erfreulicherweise seien dadurch bis heute nicht allzuviel Ausstritte erfolgt. — Betrachtet man ferner die Vorteile, die sich den Mitgliedern durch die Beitragsbescheidung vom 1. Januar an bieten (Reise- und Arbeitslohnunterstützung, Unmöglohn, Unterstützung bei Streiks, Rechtschutz bei Streitigkeiten, unentgeltliche Lieferung des Fachblattes „Dr. Presse“ und anderes mehr), so ist zu erwarten, daß immer mehr Kollegen von dem großen Wert der Organisation überzeugt werden und sich derselben anschließen. Der von manchen Seiten erhobene Vorwurf, man wolle durch Einführung aller dieser Unterstützungen dem Gesellschafter-Bund Konkurrenz machen, sei entschieden zurückzuweisen; es ist eine Notwendigkeit, den Verein auch nach dieser Seite auszubauen.

Redner berührt hierbei die Verschmelzung und die Reichsweite Resolution und bemerkt, daß es noch bedeutender Agitation bedürfe um Anhänger zu gewinnen. Die große Masse der Bundesmitglieder sei viel zu wenig unterrichtet, dieselben müssen aufgeklärt werden; jedoch werden auch noch den Kollegen, die uns heute deswegen Kassenbetrübungen vorwerfen, die Augen geöffnet werden und sie werden mit für unsere Ziele eintreten. Denn auch die alten Bundesmitglieder werden noch einsehen lernen müssen, daß sie alle vom Unternehmertum abhängen.

Redner bemerkt weiter, daß auch von manchen Seiten versucht wird, die 1866er Lohnbewegung in den Staub zu legen und doch haben wir hier gewiß namhafte Erfolge zu verzeichnen: 2333 Personen haben eine Verfürgung der Arbeitszeit erzielt, 918 Personen erzielten die Bezahlung der Feiertage, 682 Personen einen Zuschlag für Ueberstunden von 25—50 Proz. Außerdem erreichten eine große Zahl von Kollegen den geforderten Mindestlohn und bedeutende Lohnaufbesserungen.

Zu den Sonderorganisationsbestrebungen meint Redner, daß diese ganze Bewegung wohl auf allen Winten als verloren zu betrachten sei. Troßdem aber die Vertreter der Sonderorganisation aus Stuttgart und Leipzig in der Frankfurter Generalversammlung das Verprechen abgegeben haben, für eine Wiedervereinigung einzutreten, höre man, daß der Leipziger Delegierte gegen diese Erklärung handle und in Leipzig weiter für die Sonderorganisation eintrete. — Dies beweise, daß nicht die Vorwürfe, welche die leitenden Herren der Sonderorganisationsbestrebungen ins Feld führten, maßgebend waren, sondern Ständebübel und Ministerfolg. Jedoch auch die Zeit halte er nicht mehr fern, wo auch diese Kollegen wieder zu uns zurückkehren.

Unsere größte Aufgabe sei jetzt und in Zukunft, kräftig für unsere Ideen zu agitieren, unsere Organisation immer mehr auszubauen und neue Mitglieder zu gewinnen; vor allem in den Druckorten, wo wir heute noch keine Mitglieder haben.

Durch die jetzt einzuführende Gauinteilung sei ein weiterer Schritt nach vorwärts gethan und es handelt sich für uns heute darum, geeignete Beschäfte zu fassen, die dem Sinne des Statuts entsprechen.

In diese beifällig angenommene Ausführungen entspinnt sich eine lebhafte Debatte.

Kollege Trompeter: Die englischen Gewerkschaften haben denselben Prozeß durchgemacht, den unsere Gewerkschaftsbewegung zum Teil jetzt durchmacht und der uns noch bevorsteht. Die Arbeitslohnunterstützung sei das Bindemittel der Gewerkschaften; wenn er auch früher Gegener einer Arbeitslohnunterstützung war (was ihm von manchen Seiten heute noch vorgeworfen würde), so habe

er sich eben der Zeit angepaßt. Heute ist eine Arbeitslosenunterstützung eine Notwendigkeit und es ist zu wünschen, daß alle Organisationen eine solche einführen.

Kollege Rupp: Ein große Aufgabe stehe auch der Gewerkschaften noch lange nicht den Charakter von Kampforganisationen verlieren.

Kollege Gräß bemerkt, er halte die Zukunft der Buchdrucker in Frage gestellt, namentlich wenn das Innungswesen um sich greifen würde.

Kollege Lange: Man besaße sich zuviel mit der Buchdruckerbewegung; wir erstreben ja überhaupt keinen Tarif, der würde bei uns nicht anwendbar sein.

Kollege Rupp führt aus: Man solle das Kleinliche Abrechenbuch zur Hand nehmen, um zunächst sämtliche Druckerarten kennen zu lernen.

Kollege Engel: Bei der Gewinnung von Mitgliedern für unsere Organisation solle man in Rücksicht der Verschmelzungsfrage auch den Genesfelder-Bund nicht vergessen.

Kollege Gräß: In den Orten, wo noch keine Mitglieder existieren, solle man sich zunächst an die Buchdrucker wenden, da es doch viele Druckerarten gibt.

Kollege Lange: Die Kollegen Rupp, Gräß, Engel, Schudak, Schröder und Winkelfürter sprachen im gleichen Sinne; es müsse alles mögliche versucht werden, um zum Ziele zu gelangen.

Die Kollegen Rupp, Gräß, Engel, Schudak, Schröder und Winkelfürter sprachen im gleichen Sinne; es müsse alles mögliche versucht werden, um zum Ziele zu gelangen. Trompeter macht nun darauf aufmerksam, daß man nicht nur die Lithographen und Steindrucker in Betracht ziehen soll, sondern auch die anderen Verufe, die zum

Eintritt berechtigt sind, Lichtdrucker, Photographen u. Werner erwähnt unter Vorgezogen das vom Hauptvorstand fassen herauszugebene Flugblättchen, in dem aufgeführt wird zum Beitritt.

Punkt 3. Als Sitz der Agitationskommission wird Frankfurt gewählt. Trompeter hält für gut, daß auch von Offenbach ein Kollege in die Kommission gewählt wird.

Punkt 4. Zur Aufbringung der Bauausgaben wird beschlossen, daß 2% der von den 15%, am Orte verbleibenden Gelder dafür zu verwenden sind.

Punkt 5. Zunächst wird beschlossen, daß jede Zahlstelle auf ferneren Gantagen vertreten sein muß und bis zu 15 Mitgliedern 1 Delegierter

Ferner wird auf Anregung des Kollegen Trompeter beschlossen, den nächsten Gantag wieder in Pessen abzuhalten.

Kollege Werner wird noch beauftragt, sich mit dem uns zugeteilten zweiten Agitationsgebiet Mainz ins Benehmen zu setzen und die heute gefassten Beschlüsse mitzuteilen.

Lange beantragt, 3 Mann zu bestimmen, welche den heutigen Bericht mit zu unterzeichnen haben, um allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen.

Somit war das Material für die heutige Sitzung aufgearbeitet und mit dem Wunsch, daß die gefassten Beschlüsse zum Wohle der Organisation gerichtet mögen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 7/4 Uhr.

Für die Mithilfe: G. Werner jun., Frankfurt a. M. Lud. Engel, Darmstadt. W. Winkelfürter, Hanau.

Korrespondenzen.

Zugug fernhalten! In der Firma J. W. Richter, Würzburg drohen abermals Differenzen auszubrechen wegen Entlassung zweier organisierter Kollegen.

Amsterdam. Die Firma L. van Leer sucht gegenwärtig wieder Lithographen und Drucker in Deutschland.

Sodann müssen aber auch alle ausgegebenen Scheine unter sich völlig übereinstimmen. — Man steht heute nicht mehr auf dem Standpunkt, daß man durch allerlei Schnörkel und Figuren-Ornamente die Nachahmung erschweren müsse.

gewöhnlichen Hotel.

Berlin. Am 20. Oktober tagte bei Hoffmann die ordentliche Generalversammlung der Filiale I des Vereins des Litg., Steindr. u. Verlagsz., in der zunächst Kollege Schöppe den Jahresbericht gab.

Brandenburg a. S. (Fortsetzung und) Schluß der Korrespondenz von voriger Nummer.)

Redner verweist nunmehr an der Hand des statistischen Materials der Generalkommission auf vordrühend in diesem Sinne ausgebaute Gewerkschaftsorganisationen, z. B. diejenige der Bauhischmacher, Buchdrucker, Porzellanarbeiter, Tabakarbeiter, Kupferhämmer, Gutmacher n. s. w., alles Organisationen, welche weit höher und besser ausgebaute Unterstufungswelge besitzen, als wie sie gegenwärtig der Genesfelder-Bund und unsere Organisation haben.

Man glaube dann genug gethan zu haben und erkenne nicht, daß man gerade erst durch die Wirksamkeit der Organisation in der Lage sei und die Garantie erhalten könne, die dazu nötigen Beiträge zu leisten.

Wie Banknoten entstehen.

Von Fred Hood (Charlottenburg).

Nachdruck verboten.

Unter den Wertpapieren, soweit sie mit Hilfe graphischer Künste erzeugt werden, erfreut sich das Papiergeld einer gewissen Popularität, da es im Gegensatz zu den Aktien, Obligationen und Checks durch die Hände aller Volksklassen wandert.

Jedes einzelne Stück muß — das ist die erste Bedingung — technisch so vollendet sein, daß die Nachahmung so gut wie unmöglich gemacht wird.

deren unvollkommene Nachahmung dem Eingeweihten jedoch sofort auffällig wird. Dem Rohmaterial werden Segeltuch, leinene Bumpen, Baumwolle oder dergleichen zugelegt, je nachdem man auf Festigkeit, Druckfestigkeit, Durchsichtigkeit und andere schätzbare Eigenschaften besonderen Wert legt.

Eines der Merkmale des Geldpapiers bildet das Wasserzeichen, das in hellen Linien zur Erscheinung tritt, wenn man das Papier gegen das Licht hält.

Ein Bild auf diejenigen Industriepläze, wo ein ausgebildetes Maschinenwesen herrscht, zeigt uns mehr oder minder, daß die Arbeiterorganisationen wenig Beobachtung finden und infolgedessen ein rapider Niedergang der Lebenslage und Arbeitsbedingungen zu konstatieren ist.

Ein Bild auf diejenigen Industriepläze, wo ein ausgebildetes Maschinenwesen herrscht, zeigt uns mehr oder minder, daß die Arbeiterorganisationen wenig Beobachtung finden und infolgedessen ein rapider Niedergang der Lebenslage und Arbeitsbedingungen zu konstatieren ist, darum vor allem hinein in die Organisation, dann ist bis zur Ver-

Schluß folgt.

Schmelzung beider Vereine nur ein kleiner Schritt. Die Ausführungen der Kollegen, Streck und Werten — dieselben sind nur Bundesmitglieder — gliederten in der Ansicht, daß die Sicherheit der Unterstüßungsleistung im Falle einer Verschmelzung durch Gelegensveränderungen gefährdet werden können, und ersuchen die alte Form beizubehalten. Dürer tritt dem entgegen und ist der Ansicht, daß berufliche Voraussetzungen und dadurch auch nicht von einer Verschmelzung abhalten können. Redner verweist auf die Buchdrucker, welche es jeder Zeit verstanden hätten, sich den jeweiligen Gegebenen anzupassen und heute als eine der kräftigsten Organisationen da ständen. Kollege Vorisch tritt zunächst der auch am hiesigen Ort gefaßten Meinung entgegen; es sei bei einer Verschmelzung unsererseits nur auf die vorhandenen Werbemittel des Senefelder-Bundes abgesehen, auf das schlechteste entgegen; nicht die gefüllten Kassen des Bundes, sondern die indifferenten Mitglieder desselben wollen wir haben. Die praktische Erfahrung habe gezeigt, daß große kräftige Organisationen, welche infolge eines gut ausgebauten Unterstüßungsnetzes einen festen Stamm von Mitgliedern in sich vereinigen, bei Differenzen mit den Unternehmern in den meisten Fällen ohne Streik, auf dem Verhandlungswege besser abgemittelt als sogenannte reine Kampforganisation mit einem fortgesetzt schwachem Mitgliederbestand. Wenn weiter gefragt würde, man müsse den Bund gegen eine etwaige reaktionäre Gebeugung sichern, so stelle er dem entgegen: In demselben Moment, wo die Organisation fällt, fällt auch der Senefelder-Bund, indem es doch offensichtlich sei, daß in beiden Vereinen zum großen Teil die gleichen Personen seien und dann nach der Auflösung des einen die Vertretung der Sache in den andern den Behörden sofort klar sein würde. Wenn nun des weiteren seitens des Kollegen Wöring von einer radikalen Richtung gesprochen worden sei und man ihn so quasi als offiziellen Vertreter dieser Richtung bezeichnet habe, so schiebe er nicht an zu erklären, daß auch er das Recht einer freien Meinungsäußerung für sich in Anspruch nehme, er habe jetzt und offen erklärt, daß er in der Form, wie sie die Resolution Worthners enthalte, nicht das Ideal unserer Zukunftsorganisation erlicke und aus diesem Grund auch in Frankfurt a. M. zur Generalversammlung eine Gegenresolution eingebracht. Nachdem aber durch Majoritätsbeschluß der Delegierten die Resolution Worthners für die organisierte Kollegenschaft Deutschlands eine bindende Kraft erhalten habe, habe er, sowie alle, welche gleiche Meinung waren, sich dem gefügt, auch er schiebe heute so gut wie jeder andere auf dem Boden der Vereinigten Resolution, so daß wohl von einer radikalen Richtung nicht mehr die Rede sein kann. Nachdem nunmehr die beiden Referenten nochmals in kurzer Weise ihre Anschauungen zum Ausdruck gegeben hatten, gelangte folgende Resolution zur Abstimmung: „Die heutige Mitgliederversammlung des Senefelder-Bundes, Zahlstelle Brandenburg, stellt sich nach dem Referat des Kollegen Wöring gegen die Verschmelzung sowie des Referates des Kollegen Sillier auf dem Boden des seitens der Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Stein drucker und Verlagsgenossen in Frankfurt a. M. einstimmig gefaßten Beschlusses, dieselbe erklärt in der Versammlung beider Vereine einen weiteren Fortschritt im Ausbau unserer Gewerkschaftsorganisation zum Wohle der Gesamtheit.“

Vorsitzende Resolution gelangte, da sich ca. 20 Verschmelzungsgegner zum Teil entfernt hatten oder sich der Abstimmung enthielten, einstimmig zur Annahme. Hierauf schloß der Versammlung 12^{1/2} Ugr. Anwesend waren ca. 70 Personen.

Breslau. Bei der am Montag, den 31. August, im Café-Restaurant stattgefundenen, recht zahlreich besuchten Mitgliederversammlung des D. S. V. stand außer den lokalen Angelegenheiten, auch die Verschmelzungsfrage auf der Tagesordnung. Erfreulicherweise waren zu dieser Versammlung die Älteren, ebenso auch die bei d. Behörden u. angestellten Kollegen erschienen, um bei dem Punkt: Verschmelzung des D. S. V. mit dem Verein der Lithographen, Stein drucker und Verlagsgenossen ein Wortchen mitzureden zu können. Und in der That entspann sich auch über diesen Punkt eine lange und recht lebhafte Debatte und brachten Gegner und Freunde der Verschmelzung ihre Meinung genügend zum Ausdruck. Nachdem sich die meisten gegen eine Verschmelzung und einige Verwaltungsmitglieder dafür ausgesprochen hatten, gelangte nachher, mit Befall angenommene Resolution zur Abstimmung und mit großer Majorität zur Annahme:

„Die heute am 31. Oktober im Saale des Café-Restaurant tagende Versammlung d. Mittgl. Breslau des D. S. V. spricht sich dahin aus, daß die Mitglieder des D. S. V. durch eine Verschmelzung der Kaffe mit dem Verein der Lithographen, Stein drucker und Verlagsgenossen Vorteile nicht erblicken können und es für besser halten, wenn sich beide Kassen getrennt in ihren Rahmen und nach ihren Zwecken weiter ausbauen.“

Gößelheim. Kollegen, welche etwa die Ansicht haben sollten, bei der Firma B. Schäfer, Lithographie und Stein drucker in Gießhübeln, in Arbeit zu treten, wollen wir auf die in diesem Geschäft herrschenden Verhältnisse aufmerksam machen. Bei Engagements macht der Herr Schäfer die weitgehendsten Verpändungen. Der Lohn ist bei eifriger Arbeitszeit äußerst niedrig, und selbst der längste Verdienst ist nur mit Mühe und Not zu erhalten. Auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig, es sind sogar den Wölfen gegenüber Titulationen gefallen, welche hier nicht wieder gegeben werden sollen. Hört ein Kollege auf, resp. muß er aufrufen, so wird ihm in der Rindlungszelt das Leben so „angenehm“ als möglich gemacht, und in letzterer Zeit wurden abgehende Kollegen zum Teil erst noch die Hilfe des Gewerbegerichtes in Anspruch nehmen, um zu ihren Rechten zu kommen.

Nähere Auskunft wird vom hiesigen Verwaltermann gern erteilt und raten wir allen Kollegen, welche bei der Firma Schäfer in Arbeit zu treten gedenken, sich vorher Klarheit zu verschaffen, damit sie nicht um eine trübe Erfahrung reicher werden.

Nürnberg. Unter ziemlich guter Beteiligung fand am Samstag, den 5. November die Gründungsfeier des deutschen Senefelder-Bundes am Orte statt. Den musikalischen Teil des Programms hatte das Kar. 'sche Orchester übernommen, welches sich seiner Aufgabe in gewohnter musterhafter Weise entledigte. Leider, und das muß zu unserer eigenen Schande hier erklärt werden, mangelt es manchem Lithographen und Stein drucker noch an Kunstverständnis, denn: sonst wäre man den Musikspielen mit etwas mehr Aufmerksamkeit und Verständnis gefolgt. Uns sind am Festabend wiederholt Klagen zu Ohren gekommen, dahingehend, daß ein nur zu großer Teil von Kollegen für wahrten Kunstgenieß kein Ohr haben. Mögen diese wenigen Worte denen, die es angeht, zu denken geben. — Die Gelangsgesellschaft „Senefelder“ legte für ganzes Können von Wetlingen des Festes etc. — Die Festrede des Kollegen Albrecht gliederte in einem Rückblick auf die Entstehung des Bundes, was er was und wie er jetzt ist. Die Festrede muß jedoch als völlig mißlungen betrachtet werden, obwohl das Material als ein vorzügliches, allein bestimmt für eine Festrede als nur ungeeignet bezeichnet werden muß. Weiter und darüber auszulassen vermehrt des Berichterstatters Heißt. Voll g. Swatitsch lernte in lauzen fertigen Worten die Verschmelzung des Bundes mit der Organisation, wofür er tröstlichen Befall erstete. Auch eine offizielle Postkarte fehlte nicht, wie dieses nun einmal Mode geworden ist, welche auch guten Abzug fand. Im großen Ganzen kann jedoch die Feier als sehr gelungen betrachtet werden. Begrüßungstelegramm: Herz aus Leipzig und Berlin ein. Wenn das Fest nicht allzugroß sein würde, so gedenken die Bundesmitglieder in Nürnberg nachträglich eine Gedächtnisfeier herauszugeben, welche sämtliche Entwicklungsstufen des Bundes, auch die neueste, aktuelle Frage der Verschmelzung enthalten soll. Es geschieht dieses halb, um denjenigen Kollegen das Hauptwort zu legen, welche wissentlich aus Unkenntnis die eigentlichen Ziele des Bundes verfehlten. Hierauf sei die Kollegenschaft schon heute aufmerksam gemacht.

Saalfeld a. S. Die Jubiläumsfeier des Senefelder-Bundes verbunden mit 127. Geburtstagsfeier unseres Altmeisters Senefelder am 6. Novbr. im Saale des „Brennlichen Hofes“ nahm einen schönen und würdigen Verlauf. Von den circa 50 Mitgliedern hatten über 70 freiwillige Beiträge zwecks Abhaltung dieser Feier gesendet. Das Programm bestand aus Plozo, Ansprache, gelanglichen, musikalischen und humoristischen Vorträgen und wurden von sämtlichen mitwirkenden Jüngern Senefelders zur größten Zufriedenheit der zahlreich anwesenden Gäste durchgeführt. Auch ein Festspiel und eine offizielle Postkarte waren zu dieser gelungenen Feier extra erschickten. M.-D.

Schnittger. Billale der Chemographen. Mit einigen erklärenden Worten, welche Bedeutung die heutige Sitzung für uns habe, eröffnete Kollege Dessinger die am 15. Oktober stattgefundene Generalversammlung. Nach dem Vorlesen des Protokolls, welches angenommen wurde, nahm Kollege Dessinger das Wort zum Bericht vom vorliegenden Geschäftsjahre. Der Bericht zeichnete sich durch eine übersichtliche Ausarbeitung aus, selbst eines poetischen Hauches entbehrte er nicht. Reichlicher Befall lohnte den Redner für seinen gut durchdachten und von viel Mühe und Arbeit zugehenden Bericht. Der Kasienbericht fiel diesmal sehr günstig aus, da aus denselben hervorging, daß der Kasienbestand 161 M. beträgt. Bei der hierauf folgenden Kenwahr der Gesamtverwaltung fehlte es nicht an heilen Debatten, da die meisten in Vorschlag gebrachten Kollegen es ablehnten, ein Amt im Vorstande zu bekleiden. Nach längerer Diskussion und auf Zureden verschiedener Kollegen nahmen sie doch die auf sie fallenden Wahlen an so daß die jetzige Verwaltung wie folgt, konstituiert ist: 1. Bevollm. Kollege H. Döffinger, 2. Bevollm. mächtigster C. Ulheimer, Kassierer R. Körber, Schriftführer M. Redner; als Kasienbeholdner wurden gewählt: C. Ulheimer, F. Haisch und J. Doubrawa. Unter „Verschiedenes“ teilte Kollege Schwarz mit, daß bei A. Krämmer eine Stelle als Auto-Geper frei sei und fanden sich auch einige Referenten hierfür. Nach einer längeren Debatte betr. Adresse eines Kollegen ohne Wohnungsangabe schloß Kollege Dessinger die von 18 Mitgliedern besuchte Versammlung, und gab bekannt, daß jetzt bloss alle 4 Wogen, jeden 1. Samstag im Monat eine Sitzung stattfindet.

Würzburg. In der Stein drucker von J. M. Richter in Würzburg sind Verhältnisse eingetreten, die einfach unhaltbar sind. Seit 1. November ist hier ein Faktor in Tätigkeit, der die bis dahin erträglichen Verhältnisse so dazwischen umgestaltet hat, daß es nicht zum aushalten ist. Jeder, der seine Rechte nicht sofort und ohne aufzubieten despotisch, soll nach seinen eigenen Worten sofort und ohne Rücksicht „hinausgeschmissen“ werden. Dabei läuft der Herr von einem zum andern, die ganze Zeit treibend und drängend: „Machen Sie ein wenig jändler“, „machen Sie vorwärts“. Unter der Leitung des jüngeren Faktors ging alles nach Wunsch; die Um drucker lieferten zur Zeit ihre Um drücke, die Maschinen liefen ohne Aufenthalt, man wurde anständig behandelt. Ein Treiben, ein Drängen, ein Drohen gab es nicht. Unter anderem war z. B. an der Um druckpreize für größere Formate immer ein Behring zum Anlegen der Um drücke und zur sonstigen Hilfe im Fertigmachen mit thätig; jetzt dagegen muß der Behring, der deßhalbz gelagt 50 Pf. pro Woche erhält, die Originalsteine drumschleppen und ins Regal legen, was für den noch nicht 15 Jahre alten Jungen eine schwere Arbeit ist. Nun hat der Um drucker den Muschler, der ihm einen Um druck

zum Ueberziehen brachte, denselben mit anzulegen (eine Arbeit von 2 Minuten), der Herr Faktor kommt herbei und sagt zu ihm: „Seit wann sind Sie Bucher geworden? Sie haben andere Arbeit als Bucher zu spielen“, dervell hatte er dem Buchen resp. Behring selbst andere Arbeit zuerzellt, allein kann man aber doch seinen Um druck anlegen. Ein n. Tag später (Samstag) verlangt der Herr Faktor von demselben Muschler, die Press: eines Behrings, an welcher er einige Abzüge gemacht hätte, aufzuräumen. Da die Unordnung noch von dem Behring herrührte, waltete sich der Kollege dies zu thun, worauf ihm vom Faktor sowie Direktor befehle wurde, entweder sofort auszutreten oder unweigerlich zu gehorchen. Ein ähnlicher Fall kam am gleichen Tage noch vor. — Solche Ereignisse werden alle Kollegen zum Zusammenhalten ansporner, um energisch diese Zumutungen von sich zu weisen.

Die Verwaltung der Zahlstelle Würzburg.

Verschiedenes.

Zur Konturs befindet sich die Leipzig'er Kunst druck- und Verlagsanstalt (Dr. Borchhelm). Besterer ist sächslg. Die Posten sollen über eine Million Mark betragen.

Anzeigen.

Junger Stein drucker
für Hochdruck auf feinere Verantilarbeiten sucht sofort Stellung. Gest. Offerten an Robert König, postlagernd Göttingen.

Deutscher Senefelder-Bund.
Mitgliederversammlung München.
Samstag, den 19. November, abends 8 Uhr findet im Gabelberger Keller, Karstr. 2, die
25jährige Gründungsfeier
des deutschen Senefelder-Bundes
mit Konzert, Gesang, kassamatorischen Vorträgen und Ball statt. — Eintritt 1 M., Damen frei.
Das Fest-Komitee.

Achtung! Gau II. Achtung!
Agitationsbezirk Berlin.
Die Kollegen der Städte Berlin, Mildorf, Poppam, Neu-Happin, Fürstnwalde, Frankfurt a. O., Kotzbau, Charlottenburg, Schöneberg, Weißensee, Perleberg und Sommerfelz, fordern wir hierdurch auf, den **20. November** in Berlin durch Delegation zu beschicken. Derselbe findet im Lokal des Kol. J. Neumann, Berlin, Brunnentstr. 150, statt.
Tagesordnung: 1. Informationsbericht der Delegierten. (Inkl. über den Stand des Senefelder-Bundes in ihrem Ort.) 2. Agitationsfragen, eventuell Anträge dazu. 3. Verschiedenes.

3. A.: Die Agitations-Kommission.
Verein d. Lithographen, Stein drucker u. Verlagsgen. Deutschl.
Filiale Berlin.
Donnerstag, den 17. November, abends 8^{1/2} Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Lokal des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27 c.
Tages-Ordnung: 1. Geschäftsliches; 2. Vortrag 3. Diskussion; 4. Verschiedenes.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen erucht Die Verwaltung.

Achtung! Koll. gen Nürnbergers u. Umg.!
Den werten Kollegen zur gest. Kenntnis, daß ich ab 1. November die

Restaurations zur „Friedensruh“
Bauvereinsstraße 40
übernehmen habe. Erfolge meine werten Kollegen, mich freundlich unterstützen zu wollen, zugleich vorstehend, daß für ff. Bier und diverse Speisen, sowie gefällige Unterhaltung bestens Sorge getragen ist.
Montag und Dienstag

Nürnberg Spezialität: „Metzelsuppe“.
Mittwoch Gesellschaftsising, sowie Samstag Federküdel, zugleich Tarokabend.

Eigene Hausstapelle.
Mit kollegialem Gruß
Karl Deutler,
Walzenkünstler und Buchdr.

Senefelder-Büsten
68 cm und 48 cm hoch, Senefelder- und Gutenberg-Büsten 18 cm hoch als Zimmerstempel passend, empfiehlt Hugo Kühring, Chemnitz, Kuboldstr. 43 II.
Partiebezug für Vereine billigt.

Unterrichts-Briefe
zur Erlernung der deutschen Volksturschrift (Stenographie), System Wrenns, Vereinfachung von 1893, von G. Richter, Leipzig-Rennwitz, Oststraße 48.
Preis 75 Pf.

Die Gründung der Lithographie
durch Alois Senefelder
Von Fr. Hausen. 4 Bogen. Preis 50 Pf.
Verlag von Conrad Müller, Schleich-Verlag.